

Ist der Absturz aufzuhalten?

Corona-Krise. Covid-19 betrifft alle: die Unternehmen, zu denen in Deutschland auch rund vier Millionen Selbstständige gehören, die Aktien- und Immobilienbesitzer, die um ihre Werte bangen, und die mehr als 80 Millionen Bundesbürger, die wegen des Shutdowns ihren Alltag neu regeln müssen. Deshalb geht IW-Direktor Michael Hüther davon aus, dass es nicht bei den bislang beschlossenen Hilfspaketen der Bundesregierung bleibt. Auch die iwd-Redaktion hat ein Päckchen geschnürt, es heißt „Corona und Wirtschaft“ und findet sich auf iwd.de. —> [Seiten 2-8](#)

Digitalisierung

Noch längst nicht alle Unternehmen in Deutschland nutzen die Chancen datenbasierter Geschäftsmodelle. Wissenschaft und Politik sollten Unterstützung bieten.

—> [Seiten 12-13](#)

Strompreis

Immer wieder rutscht der Strompreis in Deutschland in den negativen Bereich. Zur Stabilisierung ist ein weiterer Umbau des Energiesektors nötig.

—> [Seiten 14-15](#)

Die Kleinen werden die Letzten sein

Staatshilfen. Mit umfangreichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens soll die Ausbreitung des Coronavirus gestoppt beziehungsweise stark verlangsamt werden. Um die wirtschaftlichen Folgen des landesweiten Shutdowns abzumildern, hat die Bundesregierung nahezu unbegrenzte Liquiditätshilfen für Unternehmen versprochen. Doch ob die Gelder auch rechtzeitig bei den betroffenen Kleinunternehmen ankommen werden, ist unklar.

Während sich einige Großunternehmen wie die Lufthansa oder der Reisekonzern TUI bereits um staatliche Hilfen beworben haben, stellt sich die Situation für ebenfalls schwer betroffene Mittelständler und Selbstständige sehr viel komplizierter dar. Doch genau in diesen Segmenten spielt sich ein Großteil

des heimischen Wirtschaftslebens ab (Grafik):

In Deutschland gibt es vier Millionen Unternehmer und Selbstständige – mehr als die Hälfte von ihnen hat keine Angestellten, sondern ist solo unterwegs.

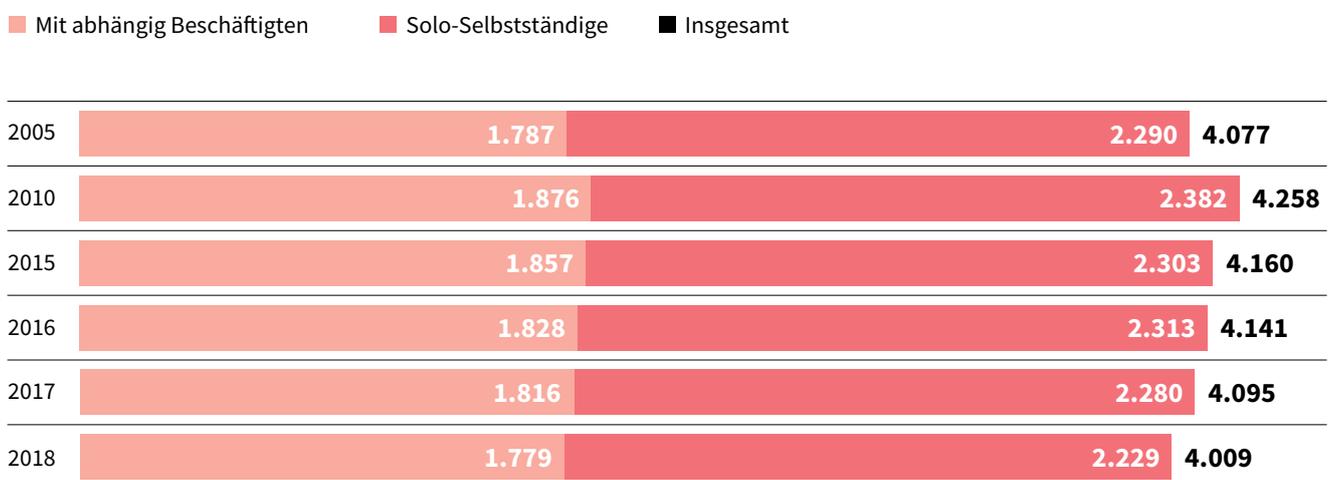
Rund 77 Prozent der Selbstständigen sind im Bereich Dienstleistungen

und Handel tätig, nur 17 Prozent in der Industrie.

Von den Selbstständigen im Handel befassten sich im Jahr 2015 etwa 195.000 mit dem Verkauf von Bekleidung, Elektronik, Autos und anderen Waren. Rund 120.000 waren als Gastronomen tätig, 24.000 als Fotografen, 23.000 betrieben Hotels

Selbstständige: Die meisten sind Einzelkämpfer

in Deutschland in 1.000



oder Pensionen. Im Bereich Tourismus und Sport gibt es weitere 20.000 Selbstständige, im Veranstaltungsmanagement 13.000, ebenso viele wie in der Floristik.

Alle diese Branchen mit zusammen etwa 400.000 Selbstständigen leiden stark unter dem Corona-Shutdown.

Nimmt man die Steuerstatistik zur Hilfe, um die Größe der Betriebe nach den zu versteuernden Umsätzen zu bestimmen, zeigt sich (Grafik):

Mehr als die Hälfte der knapp 4,7 Millionen selbstständig Tätigen – einschließlich der Kleinstunternehmer, die die Selbstständigkeit als Nebenerwerb betreiben – erzielen weniger als 24.000 Euro Umsatz im Jahr.

Nach und nach kommt das öffentliche Leben in Deutschland zum Erliegen: Reisen werden nicht mehr angetreten, Bars, Restaurants und Geschäfte, die nicht dem täglichen Bedarf dienen, geschlossen. Die meisten Veranstaltungen sind bereits zuvor abgesagt worden.

Schon in einer Umfrage des Handelsverbands Deutschland (HDE) vom 13. März sagten zwei Drittel der 700 teilnehmenden Betriebe, dass sie Nachfrageausfälle verzeichneten. Mittlerweile dürfte sich die Situation noch deutlich verschärft haben. Laut HDE wird es schon drei bis vier Wochen nach Schließung beziehungsweise Geschäftsausfall zu ersten Pleiten im Handel kommen.

Besonders betroffene Branchen sind der Einzelhandel für Güter des nicht täglichen Bedarfs – also praktisch alles außer Lebensmitteln und Drogerieartikeln –, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Dienstleistungen rund ums Reisen und die Messe- und Ausstellungswirtschaft (siehe iwd 6/2020). Kleinen Boutiquen und Restaurants in Ausgehbezirken mit hohen Mieten dürfte besonders schnell die Luft

Selbstständige: So viele zahlen Umsatzsteuer

im Jahr 2015 in Deutschland

Lieferungen und Leistungen in Euro pro Jahr	Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen	Lieferungen und Leistungen in Millionen Euro
Bis 1.800	769.430	393
1.800 bis 3.600	371.628	974
3.600 bis 6.000	284.916	1.332
6.000 bis 12.000	403.173	3.519
12.000 bis 18.000	302.956	4.502
18.000 bis 24.000	229.682	4.794
24.000 und mehr	2.301.832	619.089
Insgesamt	4.663.617	634.602

Selbstständige: inklusive Nebenerwerb

Quelle: Statistisches Bundesamt (Umsatzsteuerstatistik)
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

ausgehen. Aber auch viele Ketten bestehen aus Einzelfilialen, die von selbstständigen Franchisenehmern betrieben werden. Als Faustregel kann gelten, dass ein Unternehmen umso schwieriger an die versprochenen Hilfen gelangt, je kleiner es ist.

Profitieren wird hingegen der Versandhandel. So hat Amazon für die USA schon 100.000 kurzfristige Neueinstellungen angekündigt, und auch in Europa sollen höhere Löhne zusätzliche Kräfte locken.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat derweil die von der Krise betroffenen Unternehmen aufgerufen, die angebotenen Hilfen zur Liquiditätssicherung anzunehmen. Für Kleinunternehmen und Selbstständige soll ein Fonds von 40 Milliarden Euro aufgelegt werden, wovon 10 Milliarden als Zuschüsse und 30 Milliarden als Darlehen vorgesehen sind. Die Finanzierung soll über ein Sondervermögen sichergestellt werden. Die Bundesregierung hat zwar eine unbürokratische Vergabe mit nachträglicher Prüfung des Bedarfs

beschlossen, allein die schiere Zahl der Antragsteller dürfte aber zu Verzögerungen führen. Denn viele Bank- und Sparkassenfilialen, die die Hilfen der staatlichen Förderbank KfW an die Wirtschaft vermitteln, sind ebenfalls geschlossen. Telefonisch sind die Banken aber kaum noch erreichbar und auch die Hotline der KfW ist offenbar überlastet.

Und selbst wenn die Liquiditätshilfen auch von Kleinbetrieben abgerufen werden können, droht ihnen bei mehrwöchiger Betriebschließung schnell die Überschuldung, was dann ebenfalls den Gang zum Insolvenzgericht notwendig macht. Dem Bundesfinanzminister zufolge denkt die Regierung darüber nach, wie die durch die Hilfen entstandene Schuldenlast für die Betriebe reduziert werden kann. Volkswirte drängen schon seit Längerem darauf, die Steuerlast für Unternehmen in Deutschland von im Schnitt 31 Prozent an den internationalen Mittelwert anzunähern, der bei weniger als 25 Prozent liegt.

Interview. Welche Hilfen braucht die deutsche Wirtschaft angesichts der Corona-Krise? Was sollte die EU-Kommission unternehmen, um die Folgen der Pandemie abzufedern? Und wie wird sich das Wirtschaftssystem verändern, wenn die Krise vorbei ist? Antworten auf diese Fragen gibt IW-Direktor **Michael Hüther** im iwd-Interview.

„Dass es keine Limitierungen für Hilfen gibt, ist richtig“

Wir befinden uns noch ganz am Anfang einer gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, deren Ausgang momentan niemand seriös einschätzen kann. Trotzdem würden wir gerne einen Blick in die Zukunft wagen: Welches wäre das denkbar beste Szenario?

Das beste Szenario ist, dass wir im Sommer in Deutschland wieder den Normalbetrieb erreichen und rückblickend nur im zweiten Quartal massive Produktionseinbrüche erlebt hätten. Das wäre mit Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen und die weltweite Arbeitsteilung ein Zeitraum, mit dem man zurechtkäme. Im Moment ist die Wahrscheinlichkeit für dieses Szenario aber nicht allzu hoch.

Und wie sieht das schlechteste Zukunftsszenario aus?

Wenn wir auch am Ende des Jahres noch kein Land sehen. Das kann ich mir aber nicht vorstellen. Sie können eine Gesellschaft nicht über Monate aus dem öffentlichen Raum aussperren.

Werden die aktuell diskutierten und zum Teil bereits beschlosse-

nen (Unternehmens-)Hilfen der Bundesregierung und -länder den Herausforderungen gerecht?

Grundsätzlich ja. Die Bundesregierung hat das Kurzarbeitergeld und Liquiditätshilfen in unterschiedlicher Form angekündigt beziehungsweise bereits eingeführt. Sie wird aber mehr tun müssen und auch direkte – zum Teil nicht rückzahlbare – Hilfen in Aussicht stellen. Das wird noch in erheblichem Maß zunehmen, wenn man sieht, dass die Regierung allein für Solo-Selbstständige 40 Milliarden Euro bereitstellt. Denn auch Großunternehmen brauchen Liquiditätshilfen in beachtlichem Umfang.

Ein zusätzliches Problem in dieser Krise ist – anders als während anderer Krisen –, dass wir derzeit eine Konsumrezession haben. Und zwar nicht, weil die Menschen kein Geld ausgeben wollen, sondern weil sie nicht einkaufen gehen können.

In der Finanzkrise stieg die Staatsschuldenquote in Deutschland auf 80 Prozent der Wirtschaftsleistung. Würde man heute genauso vorgehen wie damals, stünde fast 1 Billion Euro für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung.

Man wird in Europa koordiniert über ähnliche Größenordnungen nachdenken müssen. Wir können derzeit nicht sagen, wie viel die Bewältigung der Corona-Krise am Ende wirklich kosten wird und wie viele Hilfen nicht zurückgezahlt werden können oder wo wir Stundungen benötigen. Die Aussage der Bundesregierung, dass für Hilfen keine Limitierungen vorgenommen werden sollen, ist richtig, weil die Größenordnung der Krise nicht abschätzbar sind.

Geld abrufen können und Geld erhalten sind zwei Paar Schuhe. Kommt die Hilfe schnell genug und unbürokratisch an?

Beim Kurzarbeitergeld klappt das gut, denn es ist ein Instrument, das bereits erfolgreich in der Finanzkrise praktiziert wurde. Womit wir keine Erfahrungen haben, ist, wie man die vielen kleinen Unternehmen, die Solo-Selbstständigen und Freiberufler erreicht. Hier gibt es aktuell ein Problem mit der Administrierung. Während der Finanzkrise musste man nur wenigen Banken Finanzhilfen über die KfW zukommen lassen. Jetzt haben wir aber gar keine

vergleichbaren Anknüpfungspunkte. Möglicherweise wären die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern geeignete Anlaufstellen für die Verteilung der Finanzhilfen für den Mittelstand und für die Kleinstunternehmen.

Kann man verhindern, dass Unternehmen an Hilfgelder kommen, die sie gar nicht benötigen?

Das ist am Ende nicht das vorrangige Problem. Bei einem symmetrischen Schock, wie wir ihn gerade erleben, ist die Frage nach Mitnahmeeffekten nicht zentral, damit muss man leben.

Sie sind nah an den Unternehmen dran. Wie groß ist in den Betrieben selbst zurzeit der Glaube, dass die Corona-Krise bewältigt werden kann?

Dass sie bewältigt werden kann, glaubt jeder. Die Frage ist: Zu welchem Preis? Das kann im Augenblick niemand abschätzen. Selbst wenn bei uns die Wirtschaft wieder läuft, kann es sein, dass zum Beispiel die USA noch Probleme haben werden.

Das Signal der deutschen Politik, das da lautet „Whatever it takes“, ist daher richtig und wichtig.

Deutschland war immer stolz auf seine Exportstärke. Wird diese starke Abhängigkeit vom Ausland in der Corona-Krise zum gravierenden Problem?

Es würde uns auch nicht besser gehen, wenn wir nur Inlandsmärkte bespielen würden, denn die implodieren gerade auch. Wir befinden uns in einer Krise, die von beiden Seiten – der Angebotsseite und der Nachfrageseite – kommt.

Globale Vernetzung bietet auf der einen Seite ein Potenzial, weil man in unterschiedlich dynamischen Märkten unterschiedlich reagieren kann. Kritisch ist es dort, wo wir vielleicht zu naiv waren, weil die Lagerbestände gering gehalten wurden oder sich Unternehmen bei



Foto: IW Medien

der Beschaffung einseitig aufgestellt haben.

Wenn andere EU-Mitgliedsstaaten durch Corona wirtschaftlich kollabieren sollten, trifft das auch Deutschland. Was wird die Rettung der Nachbarn Deutschland kosten?

Das ist keine Rechnung, die wir allein zu bezahlen haben, sondern eine europäische. Deshalb ist es wichtig, dass Europa zusätzlich zu den nationalen Maßnahmen aktiv wird. Die EU ist in der Corona-Krise derzeit nicht sehr präsent. Natürlich herrscht gerade überall ein Ausnahmezustand. Dennoch muss jetzt auch europäisch gehandelt werden. In dieser Krise geht es nicht um strukturelle Reformen der einzelnen Länder, sondern um Leben und Tod. Was die EU jetzt leisten muss, ist solidarisches Handeln, eine starke europäische Antwort auf den Umgang mit der Pandemie – und zwar schnell.

Was verstehen Sie darunter?

Zum Beispiel, dass man den ESM beauftragt, eine Krisenfazilität von

1 Billion Euro bereitzustellen, die den Mitgliedsstaaten schnell und unkompliziert eine Refinanzierung ermöglicht. Damit macht man auch deutlich, dass man den Märkten keine Wetten gegen Länder gestattet.

Inwiefern wird sich die deutsche Wirtschaft auf lange Sicht durch die Folgen der Corona-Pandemie verändern?

Künftig werden sicherlich Lagerbestände, Lieferketten und Beschaffungssysteme neu bewertet werden. Die Just-in-time-Produktion, die auf kontinuierlichen Nachschub aus der ganzen Welt angewiesen ist, ist nicht für alle Branchen sinnvoll, das zeigt die Corona-Krise deutlich.

Gleichzeitig werden wir einen Schub der Digitalisierung erleben. Wir sehen gerade, dass Deutschland auch im Bildungssystem in der Lage ist, das Lernen in geschlossenen Klassenzimmern und Hörsälen durch Online-Angebote zu ersetzen. Das wird nachhaltig wirken, davon bin ich fest überzeugt.

Verkaufen oder nicht?

Aktien- und Immobilienmärkte. Die Corona-Pandemie legt weite Teile des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft lahm – entsprechend heftig reagieren die Kapitalmärkte. Doch ein Blick auf vergangene Krisen zeigt: Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass sich die Märkte auch dieses Mal wieder einigermaßen schnell erholen.

Wer in diesen Tagen die Entwicklung des Deutschen Aktienindex (Dax) verfolgt, der scheint in einen schier endlosen Abgrund zu blicken: Am 19. Februar 2020 notierte der deutsche Leitindex bei 13.789 Punkten – von diesem historischen Höchststand hat er bis zum 20. März fast 35 Prozent verloren. Zwar machen derzeit die Sorgen um die Gesundheit alles andere zur Nebensache, doch mancher private Anleger wird sich wohl auch fragen, ob er seine Wertpapiere nicht lieber schnell verkaufen soll, um noch größere Verluste zu vermeiden.

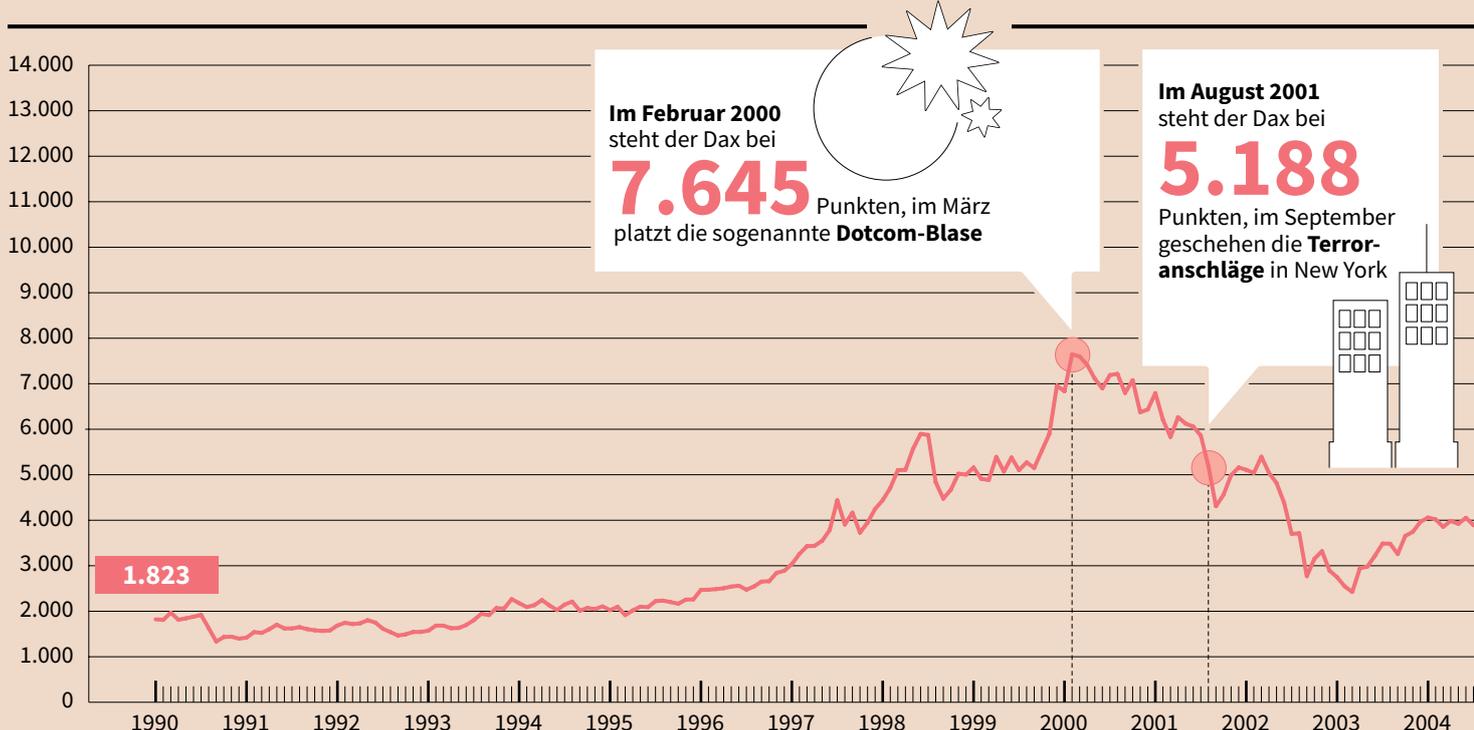
Die Antwort lautet: Nein. Das zumindest legt ein Blick auf die Kursverläufe nach vergangenen Krisen nahe –

doch dazu später. Zunächst sollte sich jeder klarmachen, was genau die Aktienkurse und den Wert von Immobilien bestimmt. Als Aktionär ist man Miteigentümer eines Unternehmens und dessen Wert ergibt sich aus den vermuteten künftigen Gewinnen. Bei Immobilien dagegen wird der Wert durch die künftigen Nettomietträge bestimmt. In beiden Fällen spielen demnach Erwartungen eine entscheidende Rolle.

Kein Wunder also, dass es schon in normalen Zeiten sehr schwierig ist, belastbare Aussagen über die künftige Entwicklung zu machen. Doch damit nicht genug: Immer wieder kommt es zu Ereignissen, bei denen die Erwartun-

Stehaufmännchen Dax

Monatliche Durchschnittswerte des Deutschen Aktienindex



Quelle: Bloomberg
© 2020 IW Medien / iwd

gen der Marktteilnehmer überschießen, wie Ökonomen es nennen. Das kann sowohl in die eine als auch in die andere Richtung geschehen: In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zum Beispiel kamen die sogenannten Dotcom-Unternehmen an die Börse. Und weil die Anleger von diesen Unternehmen der New Economy schiere Wunder erwarteten, stiegen die Kurse an der Technologiebörse Nemax erst rasant an – zwei Jahre später platzte die Blase und die Kurse fielen ins Bodenlose.

Die New-Economy-Krise schlug auch auf den Dax durch, dessen Einbruch ein Jahr später noch durch die Terroranschläge von New York verstärkt wurde (Grafik):

Im Februar 2000 stand der Dax bei 7.645 Punkten und fiel bis auf 2.424 Punkte im März 2003.

Von da an ging es wieder bergauf, es dauerte jedoch bis 2007, bis die Verluste wieder wettgemacht waren. Wie jeder weiß, ließ die nächste Krise nicht lange auf sich warten, denn noch im gleichen Jahr begann in den USA das, was sich dann zu einer weltweiten Finanzkrise entwickelte. Der Dax fiel daraufhin von gut 6.400 Punkten auf rund 3.800 Punkte – dieses Mal dauerte es aber nur rund drei Jahre, bis sich die Kurse wieder erholt hatten.

Darf man nun den aktuellen Börsencrash mit den früheren Krisen vergleichen? Man darf – auch wenn es durchaus Unterschiede gibt. So war die Finanzkrise vor allem ein Nachfrageschock, also ein Ausfall der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Die wirtschaft-

lichen Folgen der Corona-Krise dagegen sind ein kombinierter Nachfrage- und Angebotsschock, es kommen demzufolge noch Produktionsausfälle – und damit Gewinneinbrüche – in wahrscheinlich großem Ausmaß hinzu (siehe „Die Agenda Corona“ auf iwd.de).

Doch auch hier lässt ein Blick in die Vergangenheit hoffen: Im Jahr 1918, als die Spanische Grippe wütete und zig Millionen Tote forderte, brach die Wirtschaft ebenfalls stark ein, erholte sich aber relativ schnell.

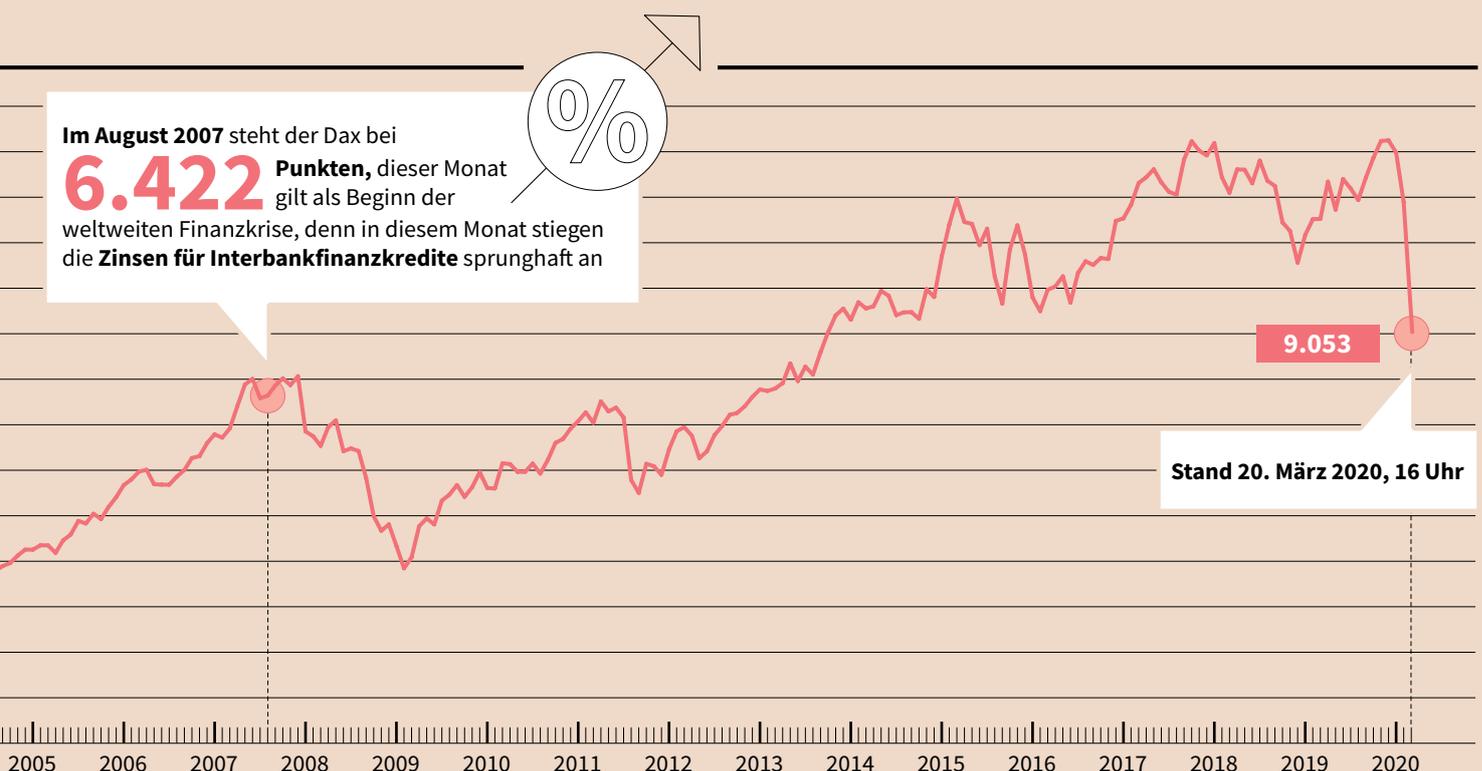
Analog zu den Aktienmärkten sollten auch die Auswirkungen auf den deutschen Immobilienmarkt begrenzt sein. Sicherlich wird die Unsicherheit dazu führen, dass einige Eigentümer ihre Immobilien verkaufen möchten und potenzielle Käufer sich zurückhalten. Gleichzeitig gibt es aber auch Investoren, die nur darauf warten, wieder geeignete Anlageobjekte zu finden. Das alles wird wahrscheinlich dazu führen, dass sich die Abschwächung des Preisanstiegs auf dem Immobilienmarkt weiter fortsetzt, es aber keinen Crash geben wird.

Für private Anleger heißt deshalb die derzeitige Devise: Ruhe bewahren.

IW-Kurzbericht 26/2020

Michael Voigtländer: Corona – Wie geht es weiter an den Aktien- und Immobilienmärkten?

iwkoeln.de/aktienmaerkte



Vertrauen in Staat und Wirtschaft

IW-Vertrauensindex. Stärker als es in vielen anderen Ländern der Fall ist, vertrauen die Bundesbürger dem Staat, der Wirtschaft und der Gesellschaft – eine gute Voraussetzung, um die Herausforderungen der Corona-Pandemie zu bewältigen.

Hamsterkäufe aus Sorge vor Lieferengpässen, Kritik an den – je nach persönlicher Einstellung – zu laschen oder zu überzogenen Reaktionen der Politik, Zweifel an der Koordination zwischen den EU-Staaten oder auch zwischen Bund und Ländern: Viele Menschen in Deutschland sind aufgrund der Corona-Pandemie sehr verunsichert.

Grundsätzlich aber blicken die Bundesbürger recht vertrauensvoll auf die gerade in Krisenzeiten wichtigen Akteure in Staat und Gesellschaft – und auch auf ihre Mitmenschen. Dies zeigt ein europäischer Vergleich (Grafik):

Im aktuellen IW-Vertrauensindex erreicht Deutschland 74 von maximal 100 erreichbaren Punkten und belegt damit Platz sieben von 20 europäischen Ländern.

Schaut man auf die einzelnen Bereiche des IW-Index, liegt Deutschland beim Vertrauen in das Wirtschaftssystem sogar auf Rang fünf. Hier wirkt sich unter anderem positiv aus, dass die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik gering und das Preisniveau stabil ist. Aber auch das

Vertrauen ins politische System ist mit gut 78 Punkten (Platz sieben) überdurchschnittlich hoch.

Auf die Gesellschaft blicken die Bundesbürger zwar etwas skeptischer – hier steht Deutschland auf Rang acht mit knapp 65 Punkten. Doch die Tendenz in diesem Einzelindex ist seit Jahren positiv, vor allem das Vertrauen in die Mitmenschen hat zugenommen.

All das dürfte angesichts der Corona-Pandemie in nächster Zeit zwar auf eine Bewährungsprobe gestellt werden. Die Daten des IW-Index lassen aber hoffen, dass Deutschland die Krise besser bewältigen kann als Italien oder Spanien.

Die Bundesregierung begründet ihre Maßnahmen in aller Regel mit den Erkenntnissen und Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Dieses Vorgehen ist klug, denn von allen öffentlichen Institutionen in Deutschland genießen Hochschulen und Forschungseinrichtungen das höchste Ansehen – mehr als 80 Prozent der Bundesbürger haben in diese Institutionen großes oder sogar sehr großes Vertrauen.

IW-Vertrauensindex für Europa

Mittelwert aus den drei Einzelindizes Vertrauen in das Wirtschaftssystem, in das politische System und in das Gesellschaftssystem, bestmöglicher Wert = 100

Dänemark	90,7
Finnland	88,6
Schweden	85,9
Niederlande	82,3
Schweiz	79,5
Irland	76,0
Deutschland	73,9
Österreich	69,9
Vereinigtes Königreich	63,5
Belgien	57,4
Frankreich	51,2
Tschechien	50,9
Slowenien	48,3
Portugal	43,4
Ungarn	39,4
Spanien	38,4
Polen	37,7
Slowakei	32,7
Italien	30,3
Griechenland	8,3

Stand: 2018

Quellen: Bloomberg, EU-Kommission, European Social Survey, OECD, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

IW-Policy Paper 5/2020

Dominik Enste, Lena Suling: Vertrauen in Wirtschaft, Staat, Gesellschaft 2020
iwkoeln.de/vertrauensindex

Zwangsstempeln nicht nötig

Arbeitszeiterfassung. Rund ein Viertel der Arbeitnehmer in Deutschland dokumentiert keine Arbeitszeiten. Häufig handelt es sich dabei um gut entlohnte Akademiker, die ein Vertrauensarbeitszeitmodell haben. Da diese Beschäftigtengruppe ihre Rechte gegenüber ihrem Arbeitgeber gut vertreten kann, benötigt sie keinen Schutz durch eine Erfassungspflicht der Arbeitszeit.

Vor knapp einem Jahr entschied der Europäische Gerichtshof, dass alle Betriebe in der EU ein System einrichten müssen, mit dem die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter erfasst werden kann. In Deutschland streiten die Juristen, inwieweit die Erfassungspflicht in deutsches Recht umgesetzt werden muss – eine einheitliche Regelung sieht das Arbeitszeitgesetz bislang nicht vor (Grafik):

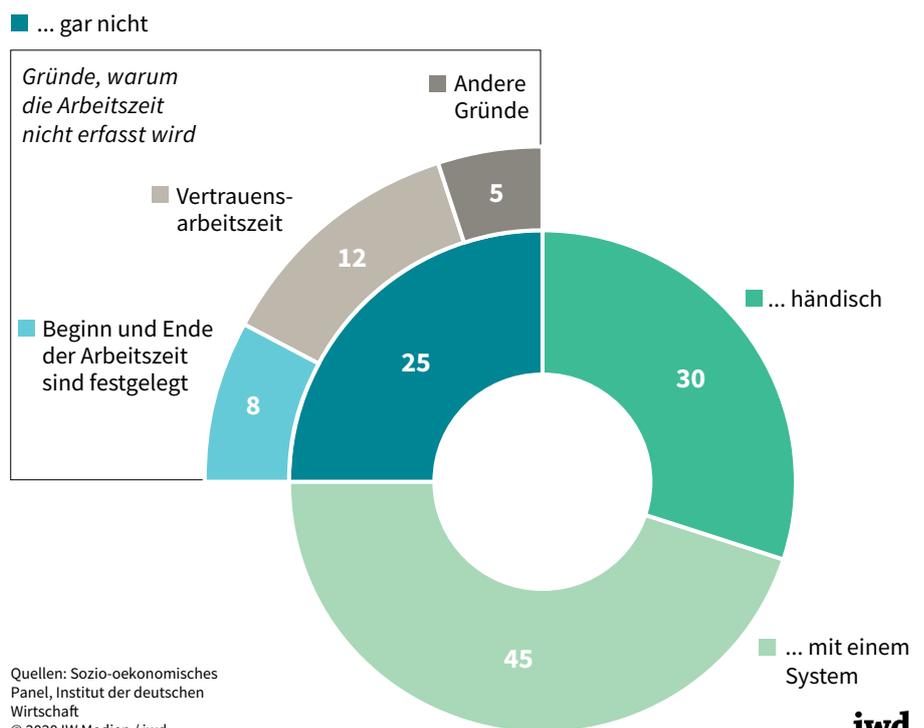
Derzeit erfasst knapp die Hälfte der Arbeitnehmer in Deutschland ihre Arbeitszeit mithilfe eines Systems, also einer Stechuhr oder einer elektronischen Zeiterfassung. Weitere 30 Prozent schreiben ihre Arbeitszeit händisch auf.

Von den 25 Prozent, die ihre Arbeitszeit nicht erfassen, gibt rund die Hälfte als Grund an, ein Vertrauensarbeitszeitmodell zu haben. Bei einem weiteren Drittel sind Beginn und Ende der Arbeitszeit ohnehin festgelegt.

Ob Beschäftigte ihre Arbeitszeit dokumentieren, hängt oft von der Tätigkeit ab. Ein Drittel der Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit nicht erfassen, geht einem Job nach, für den ein akademischer Abschluss erforderlich ist. Bei den Zeiterfassern beträgt dieser Anteil lediglich ein Fünftel. Umgekehrt hat ein Viertel derjenigen, die ihre Arbeitszeit dokumentieren, keine abgeschlossene

Wie die Arbeitszeit erfasst wird

So viel Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland dokumentierten im Jahr 2018 ihre Arbeitszeit ...



ne Berufsausbildung – bei den anderen ist es nur ein Fünftel.

Dies schlägt sich auch in den Verdiensten nieder: Während Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit erfassen, im Schnitt auf einen Bruttostundenlohn von 16,80 Euro kommen, verdienen Nicht-Erfasser 19,10 Euro. Ein höherer Lohn bedeutet auch mehr Gestaltungsfreiheit:

Ein Viertel der nicht erfassenden Arbeitnehmer gibt an, selbst über die Arbeitszeit entscheiden zu können.

Dass diese Autonomie die Gefahr birgt, mehr zu arbeiten als andere, ist nur ein Vorurteil: Gut verdienende Akademiker, die ihre Wochenstunden nicht erfassen, arbeiten im Schnitt sogar weniger als Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit aufschreiben.

Brauchen wir eine Neuberechnung der Inflation?

Geldpolitik. Seit Jahren liegt die Preissteigerungsrate im Euroraum deutlich unter der Zielmarke von knapp unter 2 Prozent, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) als optimal betrachtet wird. Kritiker sagen, dass bei der Berechnung der Inflationsrate allerdings ein wichtiger Preistreiber übersehen wird: das Eigenheim.

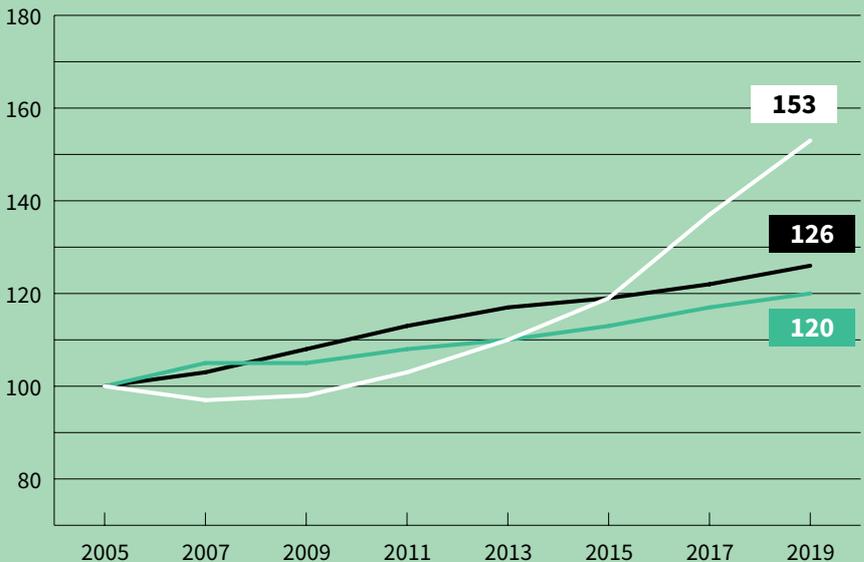
Sich über die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu echauffieren, gehörte in Deutschland – zumindest bis zum Beginn der Corona-Krise – zum guten Ton. Ob vom Kleinsparer, von Ökonomen oder Banken: Kritik an der Nullzinspolitik kam von allen Seiten. Um die europäischen Währungshüter aus der Glaubwürdigkeitskrise zu manövrieren, versucht es die neue EZB-Chefin Christine Lagarde mit einer Informationsoffensive und wirbt um Verständnis für die Geldpolitik. Dazu gehört auch eine mögliche Neuberechnung der Inflationsrate unter Einbeziehung der Kosten von selbst genutztem Wohneigentum.

Denn diese Größe wird bislang bei der Berechnung der Inflationsrate nicht berücksichtigt. Und das, obwohl die meisten Bürger im Euroraum in den eigenen vier Wänden wohnen und in der Regel den größten Batzen ihres Einkommens dafür ausgeben. Bisher werden jedoch nur die Mieten in der allgemeinen Preisentwicklung berücksichtigt.

Hohe Immobilienpreise, niedrige Inflation

in Deutschland, 2005 = 100

- Hauspreise
- Mietpreise
- Verbraucherpreise insgesamt



Stand: jeweils drittes Quartal

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Kritiker fragen deshalb, ob die Inflationsmessung, die schließlich als Grundlage für die Geldpolitik der EZB dient, noch die Lebenswirklichkeit der Menschen widerspiegelt. Gerade in Deutschland, wo die Immobilienpreise seit Jahren stark steigen, könnten sich die Kosten für Wohneigentum im allgemeinen Preisindex spürbar niederschlagen (Grafik Seite 8):

Seit 2005 sind die Immobilienpreise in Deutschland mehr als doppelt so stark gestiegen wie die amtlichen Verbraucherpreise.

Eine Neuberechnung bringt allerdings einige Probleme mit sich. Zunächst müsste eine methodische Hürde beseitigt werden: Denn die Inflationsrate wird monatlich gemessen, die Erfassung von Immobilienpreisen aber nur quartalsweise. Zudem ist es schwierig, Wohneigentum nur als Kostenfaktor zu betrachten. Denn Besitz dient auch dem Vermögensaufbau und hilft zum Beispiel bei der Alterssicherung.

Ein weiteres Problem ist die unterschiedliche Beschaffenheit der Wohnungsmärkte in den Ländern des Euroraums. In Deutschland besitzt gerade mal die Hälfte der Einwohner Wohneigentum. Damit liegt die Bundesrepublik deutlich unter dem EU-Durchschnitt von knapp 70 Prozent. Dies wirft die Frage auf, wie viel Gewicht selbst genutztes Wohneigentum in der Inflationsmessung haben müsste.

Abgesehen davon, ist eine Neuberechnung der Inflationsrate mithilfe alternativer Methoden durchaus möglich. Für Deutschland zum Beispiel bietet sich der Mietäquivalenzansatz an, der bereits zur Berechnung des nationalen Verbraucherpreisindex genutzt wird. Damit werden die Ausgaben privater Haushalte für selbst genutztes Wohneigentum anhand der Mietpreisentwicklung vergleichbarer Mietimmo-

bilien geschätzt. Die Effekte sind allerdings überschaubar (Grafik):

Hätte man die Wohneigentumskosten mit einberechnet, wäre die deutsche Inflationsrate in den vergangenen Jahren nur um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte niedriger oder höher ausgefallen.

Damit ergeben sich temporär zwar Abweichungen zwischen den Verbraucherpreisen mit und ohne Berücksichtigung von Wohneigentum. Allerdings gleichen sich diese Unterschiede auf lange Sicht tendenziell aus.

Somit könnte die EZB mit der Einbeziehung der Eigentumskosten zwar dem erklärten Ziel der Preisstabilität von knapp unter 2 Prozent näher kommen. Fraglich ist aber, ob eine kurzfristig veränderte Inflationsrate die EZB zu einem Kurswechsel in der Geldpolitik bewegen sollte – zumal die Jahre 2017 und 2018 zeigen,

dass die Eigentumskosten die Inflationsrate auch nach unten ziehen können.

Bei der Einbeziehung des selbst genutzten Wohneigentums in die Verbraucherpreise sollte es den europäischen Währungshütern also eher darum gehen, die Auswirkungen des Immobilienbooms auf die Ausgaben eines Haushalts stärker zu berücksichtigen und so die Preisrealität der Verbraucher besser abzubilden. Zunächst müssten allerdings erst mal die methodischen Schwierigkeiten überwunden werden.

IW-Kurzbericht 22/2020

Thomas Obst: Sollten die Kosten von Wohneigentum stärker in die Inflationsmessung einfließen?

iwkoeln.de/inflation

Inflation: Einfluss der Immobilienpreise ist gering

Veränderung der Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber Vorjahr in Prozent



■ Mit selbst genutztem Wohneigentum

€ 0,8 € 1,0
2014

€ 0,7 € 0,8
2015

€ 0,4 € 0,6
2016

€ 1,7 € 1,6
2017

€ 1,9 € 1,8
2018

€ 1,4 € 1,4
2019

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Daten zu Geld machen

Digitalisierung. Unternehmen generieren immer mehr Daten – und entdecken diese zunehmend als Grundlage für neue Produkte und Dienstleistungen. Gebremst wird die Entwicklung der neuen Geschäftsmodelle allerdings unter anderem von fehlender Expertise und Unsicherheit in Sachen Datenschutz. Um diese Hürden aus dem Weg zu räumen, benötigen die Firmen Unterstützung aus der Wissenschaft und der Politik.

Seien es Daten über den Weg eines Produkts im Wertschöpfungsprozess oder Daten zu Kundenwünschen und -verhalten – im Zuge der digitalen Transformation kommen in den Unternehmen enorme Mengen an Daten zusammen. Dies eröffnet die Chance, neue Produkte und

Dienstleistungen zu entwickeln oder gar die Daten selbst als Umsatzbringer zu nutzen. Aus einer Studie des IW, für die im Sommer 2019 knapp 800 Unternehmen befragt wurden, geht zwar hervor, dass viele Unternehmen sowohl klassische als auch datenbasierte Waren und Dienstleistungen anbieten. Der Schwerpunkt liegt aber bislang auf der traditionellen Produktpalette (Grafik):

Knapp 72 Prozent der befragten Unternehmen haben klassische, also nicht datenbasierte Produkte und Dienste im Angebot. Ein Beispiel dafür ist ein Auto, das ohne computergesteuerte Extras wie das Anti-blockiersystem auskommt.

Immerhin fast 40 Prozent der Unternehmen bieten computerisierte Produkte oder Dienste an – im Fall des Autoherstellers ist dies ein Wagen mit digitalen Extras.

Gut 29 Prozent der Firmen haben datengetriebene Produkte oder Services im Programm. Das sind zum Beispiel Pkws mit Autopilot.

Lediglich knapp 9 Prozent der Unternehmen bieten Daten zum Verkauf an – bleibt man beim Beispiel des Autoherstellers, verkauft dieser zum Beispiel die im Fahrzeugbetrieb erhobenen Daten an einen Anbieter von Navigationssoftware. Erkennen Sensoren im Auto beispielsweise, dass der Fahrer müde wird, könnte das Navi dann die nächstgelegenen Cafés einblenden.

Insgesamt zählen 31 Prozent der befragten Unternehmen zu den beiden letztgenannten Kategorien, haben also ein datengetriebenes Geschäftsmodell.

Im Schnitt erzielen diese Unternehmen 59 Prozent ihres Umsatzes mit datengetriebenen Produkten oder Dienstleistungen beziehungsweise dem Verkauf von Daten. In 17 Prozent der Firmen mit einem datengetriebenen Geschäftsmodell entfällt sogar der gesamte Umsatz auf entsprechende Produkte und Dienste.

Unternehmen: Auch Daten im Angebot

So viel Prozent der befragten Unternehmen bieten folgende Arten von Produkten und Dienstleistungen an

Klassisch	71,9
Computerisiert	39,8
Datengetrieben	29,3
Verkauf von Daten	8,7

Klassisch: Produkte/Dienstleistungen ohne datenbasierte Prozesse, zum Beispiel ein traditionelles Auto
 Computerisiert: klassische(s) Produkt/Dienstleistung mit datenbasierten unterstützenden Prozessen, zum Beispiel ein Auto mit ABS und Regensensor
 Datengetrieben: zentrale Funktion des Produkts/der Dienstleistung basiert auf digitalen, datenbasierten Anwendungen, zum Beispiel ein Auto mit Autopilot
 Verkauf von Daten: zum Beispiel, wenn die Hersteller von datengetriebenen Autos deren Standort- oder Geschwindigkeitsdaten an die Anbieter von Navigationssoftware verkaufen
 Befragung von 779 deutschen Unternehmen im Juni 2019

Quelle: IW-Zukunftspanel
 © 2020 IW Medien / iwd

iwd

Doch obwohl das Geschäft mit datengetriebenen Erzeugnissen und Services oder der Verkauf der Daten selbst neue Umsatzperspektiven eröffnen, sehen viele Unternehmen auf diesem Weg noch viele Hürden (Grafik):

Mehr als die Hälfte aller befragten Unternehmen hat keine klare Vorstellung davon, welche Nutzen datengetriebene Angebote oder die Daten selbst ihren Kunden bieten können.

Dies gilt naheliegenderweise vor allem für jene Unternehmen, die bislang vor allem klassische oder höchstens computerisierte Produkte anbieten. Verstärkt wird diese Problematik dadurch, dass in fast 50 Prozent der Firmen eine Strategie fehlt, mit der datengetriebene Geschäftsmodelle entwickelt werden könnten.

Ein weiteres Hemmnis ist für 54 Prozent der Unternehmen ein Mangel an Experten zum Thema Daten. Dies wird in erster Linie von jenen Betrieben beklagt, die bereits datenbasierte Produkte offerieren.

Außerdem hat jeweils etwa jedes zweite Unternehmen Bedenken, ob seine Daten ausreichend vor Cyberangriffen und Diebstahl geschützt sind und ob es sich bezüglich der Datenschutzvorgaben korrekt verhält.

An mangelndem Einfallsreichtum scheitern Datengeschäfte dagegen seltener – nur knapp 42 Unternehmen haben keine Ideen zu digitalen Produkten. Und auch das Geld ist nicht der entscheidende Knackpunkt, schließlich beklagen lediglich vier von zehn Firmen zu geringe finanzielle Ressourcen für datengetriebene Produkte.

In jedem Fall aber müssen die vorhandenen Hemmnisse beseitigt werden, damit der Datenschatz in den Unternehmen besser gehoben werden kann. Dazu sollten alle Branchen stärker für den Nutzen von Daten sensibilisiert werden – zum Beispiel, indem Best-Practice-Beispiele von Unternehmen öffentlichkeitswirksamer vorgestellt werden.

Außerdem gilt es, die Kooperation von Unternehmen mit Hochschulen zu stärken, da deren Experten den Firmen helfen können, datengetriebene Geschäftsmodelle zu implementieren. Hilfreich wäre es auch, wenn zum Beispiel öffentliche Einrichtungen wie die Industrie- und Handelskammern Impulse zur besseren Vernetzung von etablierten Unternehmen mit Start-ups setzen. Dadurch können wertvolle Synergieeffekte aus langjähriger Erfahrung auf dem Markt und innovativen Geschäftsideen entstehen.

Was die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Thema Datenverwertung und -schutz angeht, könnten zum Beispiel Musterverträge über Geschäfte mit Daten den Unternehmen Orientierung bieten und unnötige Transaktionskosten sparen helfen.

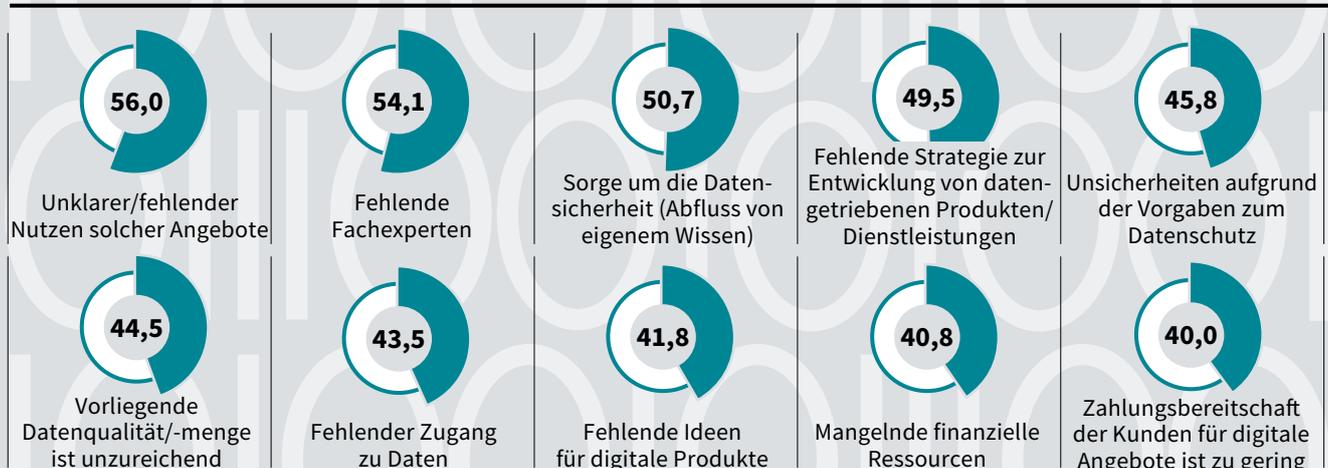
IW-Report 9/2020

Manuel Fritsch, Alevtina Krotova: Wie datengetrieben sind Geschäftsmodelle in Deutschland?

iwkoeln.de/datengetriebene_geschaeftsmodelle

Unternehmen: Was das Geschäft mit Daten hemmt

So viel Prozent der Unternehmen nannten diese Hemmnisse bei der Implementierung datengetriebener Produkte/Dienstleistungen und/oder beim Verkauf von Daten



Befragung von 779 deutschen Unternehmen im Juni 2019

Quelle: IW-Zukunftspanel
© 2020 IW Medien / iwd

Inflexibilität kostet

Strompreis. Immer wieder rutscht der Strompreis in Deutschland in den negativen Bereich – zuletzt im Februar 2020. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien steigt das Risiko des Preisverfalls. Die mangelnde Flexibilität konventioneller Kraftwerke trägt ebenfalls ihren Teil zu diesem Phänomen bei. Um die Preise stabil zu halten, ist deshalb ein weiterer Umbau des Energiesektors nötig.

Die erneuerbaren Energien sind in den vergangenen Jahren in Deutschland massiv ausgebaut worden und haben einen immer größeren Anteil an der Stromerzeugung:

Im Jahr 2019 war die Windenergie mit gut 20 Prozent erstmals wichtigster Energieträger im deutschen Strommix – noch vor der Braunkohle.

An besonders wind- und sonnenreichen Tagen decken die Erneuerbaren bereits bis zu 80 Prozent des deutschen Strombedarfs ab.

Trotz der Fortschritte gibt es Probleme in der deutschen Stromversorgung. Das unterstreicht der deutliche Anstieg der Stunden mit negativem Strompreis (Grafik):

Im Jahr 2013 fiel der Strompreis in Deutschland in 64 Stunden in den negativen Bereich, 2019 waren es bereits 211 Stunden.

Verursacht wird dieses Phänomen von zwei Faktoren, die zusammenkommen: Auf der einen Seite gibt es eine kurzfristig starke Einspeisung von erneuerbarer Energie in das Stromnetz – auf der anderen Seite können nicht alle konventionellen

Kraftwerke entsprechend herunterfahren oder ihre Stromerzeugung anpassen. Folglich entsteht ein deutliches Überangebot auf dem Strommarkt. Das wiederum führt zu einem Preisverfall an der Börse.

Überschüssiger Strom wird in der Regel an die Nachbarländer abgegeben, und zwar zu negativen Preisen. Vereinfacht gesagt: In Zeiten negativer Strompreise bezahlen die deutschen Kraftwerksbetreiber für die Abnahme des überschüssigen Stroms (Grafik Seite 15).

Das Problem des Stromüberschusses geht vor allem auf Braunkohle- und Atomkraftwerke zurück:

Während moderne Steinkohle- und Gaskraftwerke ihre Erzeugung deutlich drosseln oder einzelne Kraftwerke abschalten können, ist dies bei der Braunkohle und der Kernenergie nur sehr bedingt möglich.

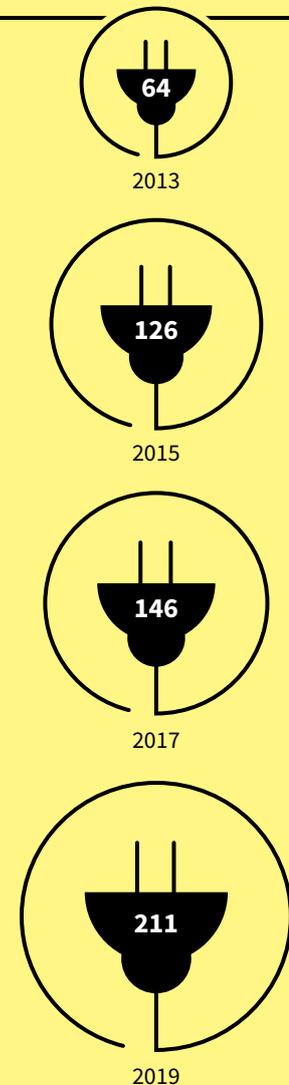
Vor allem Kernkraftwerke werden auch in Zeiten negativer Strompreise häufig mit hoher Auslastung betrieben. Auch Braunkohlekraftwerke können ihre Erzeugungsleistung in der Regel nur um etwa 50 Prozent drosseln, eine vorübergehende Abschaltung ist aufgrund langer Anlaufzeiten mit hohen Kosten verbunden. Doch je mehr von diesen Anlagen am Netz sind, desto größer ist das Risiko negativer Strompreise.

Mit steigenden Anteilen der erneuerbaren Energien in Deutschland kommt es häufiger zu Überschüssen in der Stromerzeugung.

Die Folgen spüren auch die deutschen Stromkunden. Da den Betreibern von Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen, über die Umlage nach dem

Strompreis: Immer häufiger negativ

Zahl der Stunden mit negativen Strompreisen je Jahr



Negative Strompreise: Der starke Anstieg der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und unflexible konventionelle Kraftwerke führen zu einem kurzfristigen Überangebot an Strom, das an Nachbarländer abgegeben werden muss

Quelle: Agora Energiewende
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Differenz zwischen dem Vergütungssatz und dem Marktpreis gezahlt wird, entstehen in Zeiten negativer Strompreise besonders hohe Förderkosten:

Bereits für 2013 schätzte die Denkfabrik Agora Energiewende die zusätzlichen Kosten gemäß EEG

auf 24,5 Millionen Euro – und seither hat sich die Zahl der Stunden mit negativen Strompreisen mehr als verdreifacht.

Mit der sogenannten Sechs-Stunden-Regel werden die Mehrkosten seit dem Jahr 2017 zumindest begrenzt. Die Regel besagt, dass Betreiber von EEG-Anlagen für einen Zeitraum mit negativen Strompreisen keine Vergütung erhalten, wenn

dieser länger als sechs Stunden andauert.

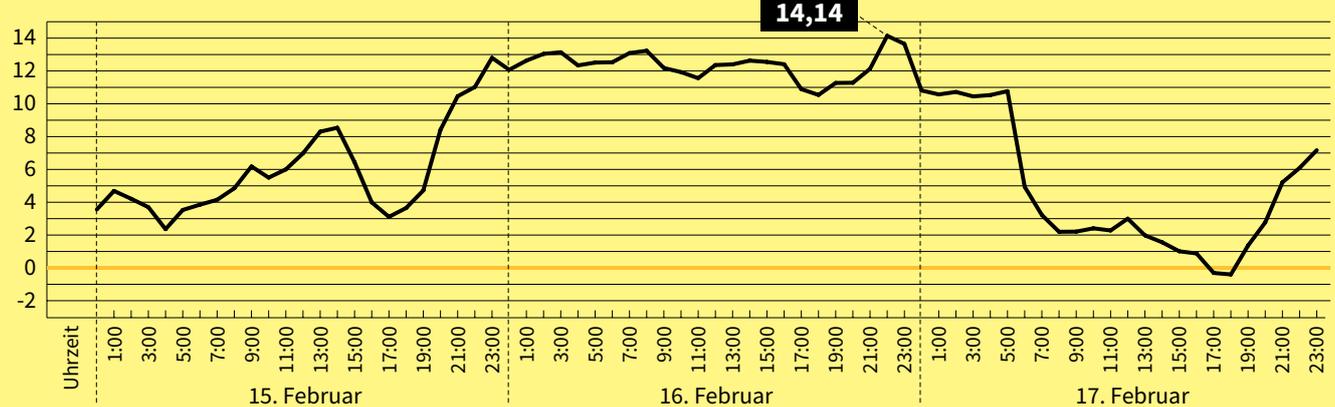
Damit es in Zukunft nicht immer häufiger negative Strompreise gibt, muss der deutsche Stromsektor flexibler werden. Kurzfristig könnten vor allem Großkunden aus Industrie und Gewerbe mit einer zeitlichen Flexibilisierung ihres Strombezugs helfen, Schwankungen in der Strom-einspeisung aufzufangen. Langfristig

muss die sektorenübergreifende Nutzung von Überschussstrom zur Erzeugung von klimafreundlichem Wasserstoff im Rahmen der geplanten nationalen Wasserstoffstrategie und zur Wärmeerzeugung vorangetrieben werden. Gleichzeitig kommt auch dem Netz- und Speicherausbau eine tragende Rolle zu – hier sollte Deutschland in den kommenden Jahren verstärkt investieren.

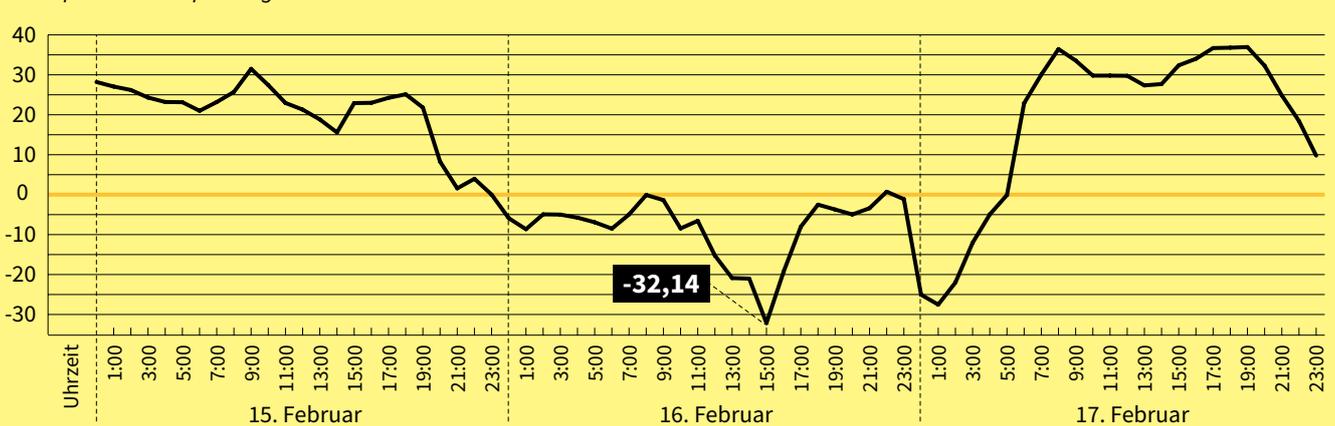
Strom: Überschüsse drücken den Preis

Entwicklung des Saldos aus Stromexporten und -importen sowie Strompreis im Februar 2020

Saldo in Gigawatt



Strompreis in Euro pro Megawattstunde



Negative Strompreise: Der starke Anstieg der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und unflexible konventionelle Kraftwerke führen zu einem kurzfristigen Überangebot an Strom, das an Nachbarländer abgegeben werden muss; Saldo: positive Werte bedeuten Nettoexporte, negative Werte Nettoimporte

Quelle: Bundesnetzagentur © 2020 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.





Zahl der Woche



36,6
Kilogramm

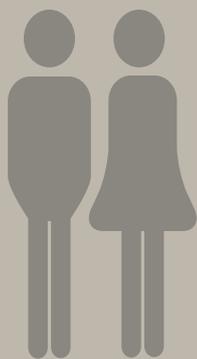
Nudeln kaufen Italiener pro Kopf in diesem Jahr, schätzt der Statista Consumer Market Outlook. Das entspricht rund 73 Packungen à 500 Gramm und ist exakt eine Packung mehr als im Jahr 2019. Tatsächlich können die Zahlen noch viel höher liegen, die Prognosen stammen aus dem Dezember 2019. Seitdem sich weltweit Tausende Menschen mit dem Coronavirus infiziert haben und ganze Städte unter Quarantäne stehen, decken sich die Menschen überall mit haltbaren Lebensmitteln ein. Vor Ansteckung schützt das zwar nicht, dafür sichert es die Versorgung im Fall von häuslicher Quarantäne. Nach Italien liegt Südkorea mit etwa 36 Kilogramm Pasta pro Kopf im internationalen Vergleich an zweiter Stelle des Konsumrankings. Danach folgt Frankreich mit großem Abstand (7,5 Kilogramm). In Deutschland wurde der Pro-Kopf-Verbrauch von Nudeln für 2020 zuletzt noch auf 6,5 Kilogramm, also 13 Packungen, geschätzt. Weltweit wurden im vergangenen Jahr Nudeln für 72 Milliarden Euro verkauft, in diesem Jahr soll der Umsatz bisherigen Prognosen zufolge 75 Milliarden Euro betragen.

Top-Liste: Heirats-Hochburgen

Auf Zypern und in Rumänien treten Menschen öfter vor den Traualtar als in anderen EU-Staaten: In Rumänien kommen auf 10.000 Einwohner 74 Eheschließungen pro Jahr, in Zypern sind es sogar 78. Während in allen anderen EU-Mitgliedsstaaten die Hochzeitsrate in den vergangenen 50 Jahren gesunken ist – oft um mehr als die Hälfte –, ist sie in Rumänien konstant geblieben und in Zypern sogar gestiegen: Im Jahr 1968 heirateten auf der Mittelmeerinsel nämlich erst 61 Paare je 10.000 Einwohner. Dass Zypern einen Heiratsboom erfährt, hat auch damit zu tun, dass viele Ausländer zur Eheschließung einreisen. Vor allem für Israelis und Libanesen, die eine religiös gemischte Ehe eingehen wollen oder aus anderen Gründen eine Zivilehe schließen möchten, ist Zypern eine beliebte Hochzeitsinsel.

Europa traut sich

Zahl der Eheschließungen je 10.000 Einwohner in der EU im Jahr 2018



1. Zypern	78
2. Rumänien	74
3. Litauen	70
4. Lettland	68
5. Malta	58
...	
14. Deutschland	49
...	
24. Frankreich	35
25. Slowenien	35
26. Portugal	34
27. Italien	32
28. Luxemburg	31

Deutschland, Frankreich: 2017

Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd